

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Band: 68 (1989)
Heft: 11

Rubrik: Politische Revue

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Griff nach den Geldwäschern bleibt locker

Der Nationalrat hat endlich eine Strafnorm gegen die Geldwäscherei beschlossen. Der Griff nach den Verbrecherorganisationen, die systematisch schmutziges Geld über Schweizer Banknoten in sauberes verwandeln, scheint aber weiterhin locker angesetzt. Nach der gutgeheissenen bundesrätlichen Minimallösung muss der Richter weiterhin ein konkretes Verbrechen hinter der Geldtransaktion nachweisen. Es genügt nicht, wenn das verschobene Geld «nur» einer Verbrecherorganisation gehört. Und wer fahrlässig handelt, bleibt ohne Strafe. Die SP, mit Paul Rechsteiner als Sprecher, blieb zusammen mit dem freisinnigen Sergio Salvioni in der Minderheit. Die Mehrheit hielt zu den Banken. Für Schlagzeilen und fragwürdige Geschäfte ist gesorgt. (rz)

Hart gegen Willi Ritschard – stützend bei Elisabeth Kopp

Der PUK sei Dank, dass wir von den verschiedensten unakzeptablen Machenschaften der Bundesanwaltschaft endlich schwarz auf weiss erfahren, was wir bisher nur vermuten mussten. Demokratisch arbeitende Linksgruppierungen passten besser ins BUPO-Feindbild als echt staatsgefährdende Drogenmafiosi. Man erinnert sich an ein fast verges-

senes Beispiel bundesanwaltschaftlicher Einäugigkeit: Im Zusammenhang mit der verhältnisblödsinnigen Schliessung der sowjetischen Nachrichtenagentur Novosti und der öffentlichen Verunglimpfung zweier dort arbeitender Schweizer Journalisten, verdächtigte Bundesanwalt Rudolf Gerber SP-Bundesrat Willy Ritschard einer Indiskretion. Deshalb mussten die Fingerabdrücke von Ritschards Stabsmitarbeitern her, und Gerber wollte auch den Finanzminister selber dazu zwingen. Die Lappalie schien ihm Grund genug. Umgekehrt hat der gleiche Bundesanwalt gemäss PUK-Bericht bei Elisabeth Kopp zusammen mit andern EJPD-Beamten verzweifelt nach einer «Sprachregelung» für die mutmassliche Amtsgeheimnisverletzung gesucht, obwohl er seit Wochen davon gewusst hatte. Harter Tarif für den linken Ritschard, mildes Verständnis für die rechte Kopp. Getreu der Devise, «in der Bundesanwaltschaft ist er so lange auf dem rechten Auge blind geblieben, bis es ihm durch Pressemitteilung geöffnet wurde». Staatsschutz nennt sich das... (rz)

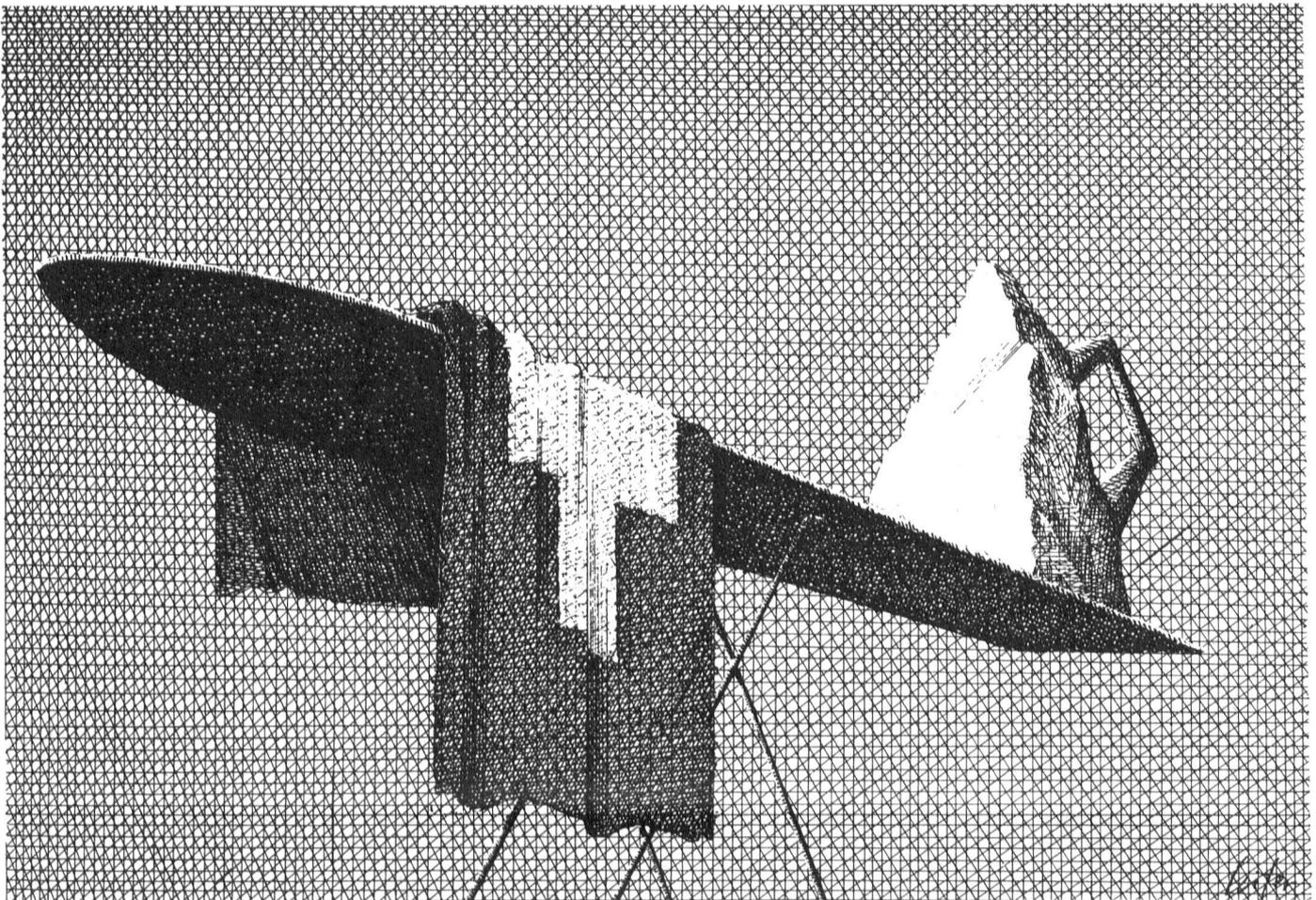
Klimakatastrophe entdeckt

Alle reden von der Klimakatastrophe. Einige missbrauchen sie auch. Sie droht der Menschheit, weil wir zuviel Kohlendioxid (CO₂) in die

Atmosphäre abgeben und der Erde zuwenig Wald lassen, der daraus wieder Sauerstoff machen würde. Kohlendioxid entsteht, wo immer etwas verbrannt wird. Also vor allem beim Energieverbrauch. «Aha», sagten sich deshalb die AKW-Befürworter in der Nationalratskommission und lehnten die Atomausstiegsinitiative flugs mit dem Kohlendioxidargument ab: Mit AKW gegen den Klimakollaps! Wunderbar wäre es, wenn es so einfach wäre. Ohne griffige Energiesparpolitik, die die gleichen Politikerinnen und Politiker seit Jahren verklemmen, verhindern sie in der Schweiz keine einzige Tonne Kohlendioxid. Aber neue AKW bringen noch zusätzlich die bekannten Risiken. 1988 hat die Schweiz aber 44 Millionen Tonnen Kohlendioxid produziert. 40 Prozent, also an die 20 Millionen Tonnen, davon stammten aus dem motorisierten Privat- und Schwerverkehr. Nur wer eine Scheinlösung will, kann dagegen mehr AKW fordern. (rz)

Fischers rot-grüner Bundesrat

Die Katze lässt das Mäusen nicht: alt Gewerbedirektor Otto Fischer wettet wie eh und je gegen Parlament und Bundesrat. Dem Energieartikel hat das Parlament zwar restlos alle Zähne gezogen für Otto Fischer ist er – gemäss seinem Kom-



Martial Leiter: Schweizer Landschaft I

mentar im «Gewerblichen Presse-dienst» – «völlig unannehmbar», weil zu staatsinterventionistisch und zu grün. Der alt Nationalrat fordert denn auch endlich eine noch bürgerlichere Politik gegen Bundesrat und Parlament, wo man grün-roten Forderungen liebediene. «Noch nie seit Kriegsende (...) ist die schweizerische Politik so schlimm gewesen wie in den letzten Jahren. Auf der einen Seite ein harter Wille, die Staatsmacht zur Geltung zu bringen, wie im Umweltschutz, Bodenrecht u.a.m. und auf der andern Seite ein Mangel an Wille zur Bereinigung unhaltbarer Situationen, wie vor allem im Asylwesen», poltert Fischer weiter. Dazu ist eigentlich nur Folgendes zu ergänzen: Wohl noch nie so sehr wie mit der zitierten kombinierten fremden- und

umweltfeindlichen Haltung hat Otto Fischer bewiesen, dass er mit seiner reaktionären Politik viel besser zur Autopartei als zum Freisinn passt. Fragt sich nur, ob die Freisinnigen das auch so sehen. (rz)

Ogi nimmt Atomskepsis nicht ernst

Wenig Einsicht zeigt unser glückloser Energieminister Adolf Ogi: Nachdem seine Bravo-Kampagne ein energiesparpolitischer Wasser-schlag werden musste – weil Energiesparen eben Anreize braucht und nicht nur schöne Appelle – und der Energieartikel als völlig gerupftes Huhn die Schlussabstimmung im Parlament nur noch in einem missmutigen Klima passieren konnte,

steuert er nun mit allen Mitteln auf die Ablehnung der Atomausstiegsinitiative los. Am liebsten wäre ihm, wenn darüber gleich zusammen mit dem Energieartikel abgestimmt werden könnte, verkündete er vor kurzem an einem öffentlichen Vortrag. Die abstimmungstaktische Überlegung ist zu offensichtlich: Er möchte an einem Abstimmungs-sonntag gleich alle drei ungeliebten energiepolitischen Kinder (Ausstieg, Moratorium und Verfassungsartikel) zusammen in die Wüste schicken können. Die Nulllösungslobbyisten jedenfalls werden es ihm danken. Dass Ogi mit diesem Vorschlag gleich auch unterstreicht, wie wenig wichtig ihm die Anliegen jener sind, die in der Atomenergie untragbare Risiken für unsere Zukunft sehen, ist ebenso klar. (rz)